

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Belegpreis: Durch unsere Seiten
frei ins Haus monatlich 12.00 Mark.
Bestellungen nehmen die Ausleger
und für Auswärtige die Postanstalten
mit. — Erscheint wöchentlich.
Sprech- und Anschlag Nr. 53.
Telegramme: Tageblatt Erzgebirge.

Belegpreis: Die Abgabeposten
Belegpreis für Anzeigen aus Aus und
Umgebung 2.00 Mark, auswärtige
Anzeigen 2.50 Mark, Rufnummern-
seiten 1.00 Mark. Bei größeren Ab-
nahmen entsprechender Rabatt.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 68

Dienstag, den 21. März 1922

17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

In der Nacht zum Sonntag ist der frühere sächsische Kriegsminister und Führer der Dritten Armee zu Beginn des Krieges, Generaloberst Freiherr von Hausen, im Alter von 76 Jahren in Dresden gestorben.

Der deutsche Delegierte Dr. Bergmann befindet sich seit einigen Tagen in London, wo er im Zusammenhang mit der Sachverständigenkonferenz mit nachgebenden englischen Persönlichkeiten in der Reparationsfrage Besprechungen abhält.

Der amerikanische Staatssekretär für das Kriegswesen Weeks hat gestern angeordnet, daß alle zurzeit am Rhein befindlichen amerikanischen Truppen bis 1. Juli zurückgezogen werden sollen.

Wie der Koblenzer Zeitung von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, haben die Verhandlungen wegen Ehrenbreitstein nunmehr zu dem Ergebnis geführt, daß die alte Festung vollständig erhalten bleibt.

Warnungszeichen.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Der Dollar ist gestern an der Berliner Börse wieder auf über 200 hinaufgeschossen. Die Entwertung der deutschen Mark ist aber noch schlimmer als es in dem Dollarkurs zum Ausdruck kommt, da ein großer Teil der übrigen Devisen seinen Abstand zur Mark noch über die Höhe des unglücklichsten Tages vom Vorjahre gesteigert hat. Hand in Hand damit geht in Deutschland eine rasende Wertenerkung gegen die sich die festbesetzten Schichten überhaupt nicht mehr zu schützen vermögen. Dennoch legen die verantwortlichen Staatsmänner Europas die Hände in den Schoß, wenn sie nicht gar nach berühmten Vorbildern alle Gedanken und Pläne zum Wiederaufbau Europas heimlich sabotieren. Während wir hier nur den einen Gedanken haben, nur von der einen Sorge bewegt werden, wie wir am nächsten Tage satt werden sollen, unterschließt uns der großemwöhnliche französische Nationalismus die hirnverbrämtesten Revancheeidolen. Die Maginots in Frankreich bereiten ihr Volk zum zweiten Male. Zuerst hat man ihm vorgelegt, daß der Deutsche alles bezahlen müsse, jetzt wo dieser Vertrag täglich schärfer erläutert wird, muß die neue Lüge herhalten, Deutschland rüste für den Ueberfall auf Frankreich.

Die Absicht solchen Treibens ist aber eine doppelte. Man will nicht nur mit der neuen Lüge den alten Vertrag kassieren, sondern man hofft gleichzeitig durch diese Lüge die Welt über den exzessiven Militarismus Frankreichs täuschen zu können. Aber nicht nur die Welt, sondern auch das französische Volk wird wiederum getarnt. Jede finanzielle Gefundung Frankreichs hat eine Abklärung an Haupt und Gliedern zur Voraussetzung. Solange Frankreich seine 850 000 Mann stehendes Heer hält und seine Flotte noch vergrößern will, kann der Staat nicht aus dem Finanzsackner herauskommen. Wann endlich wird man in dem weltweitem intelligenten französischen Volke erkennen, daß nicht der Woch, sondern der Eifer der eigenen Mängelgefanatiker die Schuld an dem Finanzelend in Frankreich trägt. Wann wird man merken, daß die teuren Etappen und Kommissionen in dem besetzten Gebiet unsere ganze Reparationsfähigkeit illusorisch machen? Freilich muß man hinzufügen, daß in England und Amerika zwar die richtige Erkenntnis hier und da aufdämmert, daß aber in den Vätern und bei den Regierungen noch jeder organisierte Wille fehlt, um Frankreichs verhängnisvoller Militärpolitik entgegenzutreten. Sie ist viel intensiver und ausgeprägter als es sich die Weltgeist der großen Völkerbundstaatsmänner träumen läßt. Dort hört man schönen Reden über die notwendige moralische Abklärung in Deutschland zu, und übersieht dabei vollständig, daß Frankreich heute nicht nur nicht moralisch, sondern auch militärisch nicht abgerüstet hat, ja, daß es im Begriff steht, seine indirekten Rüstungen noch zu einem System auszubauen, das nicht nur eine Gefahr für den europäischen Frieden, sondern vor allem eine Katastrophe für seine Finanzen bedeutet. Frankreich hat bereits mit Polen eine Militärkonvention abgeschlossen, und seine Abmachungen mit der Tschechoslowakei in militärischer Hinsicht dürften nicht weniger den Charakter einer direkten Konvention tragen. In Polen wie in der Tschechoslowakei sind französische Offiziere als Instruktoren tätig. Darüber hinaus aber trägt Frankreich einen erheblichen Teil der

Militärlasten seiner Schutzstaaten. Nun sucht der französische Einfluß auch im Baltikum Fuß zu fassen, und es klingt nicht unwahrscheinlich, daß seine Agenten den baltischen Staaten ähnlich wie Polen einen bestimmten Tageslohn für jeden Mann in Aussicht gestellt haben. Wie die Dinge nun einmal liegen, muß Rußland das als einen Schachzug gegen sich gerichtet betrachten. Vielleicht denken die französischen Militäristen in erster Linie an die Erdrosselung und Abwärtung Deutschlands. Aber es ist ja gerade ein französisches Sprichwort, daß der Appetit beim Essen kommt, und der Militarismus wie der Imperialismus sind unerfülllich.

Jedenfalls hat Rußland die Gefahr rechtzeitig erkannt. Es beruft die baltischen Staaten zu einer neuen Balkonferenz auf den 22. März nach Moskau ein, und ganz offen wird als Programm vorgelegt, daß man sich gemeinsam über den in Genua zu behandelnden wirtschaftlichen Aufbau Osteuropas verständigen will. Indem Rußland die baltischen Staaten an die gemeinsamen Interessen wirtschaftlicher Art gegenüber den französischen politischen Spekulationen erinnert, handelt es sogar vernünftig. Wer aber garantiert, daß Frankreichs Angebote für die Baltischen Länder nicht doch verlockender sind als die Versprechungen des augenblicklich ohnmächtigen Rußlands? Jedenfalls ist es notwendig, der großen Sorge offen Ausdruck zu geben, die gerade für Deutschland jene Warnungszeichen auslösen müssen. Und man muß leider immer wieder aussprechen, daß es Frankreich ist, das den Kontinent beunruhigt und stets nach Lösungen strebt wie man Deutschland militärisch, politisch und wirtschaftlich am Boden zu halten vermag. Und wenn das erschöpfte Land dann in seiner Leistungsfähigkeit völlig zusammenbricht, schreit man in Paris über Deutschlands bösen Willen und seine Revanchelust. Es ist wahrhaftig an der Zeit, daß die gesamte Kulturwelt den Warnungszeichen ihre konzentrierte Aufmerksamkeit zuwendet.

Zur Erhöhung der Eisenbahntarife.

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben: Nachdem der wirtschaftliche Ausschuss des Reichstages nahezu einstimmig den Standpunkt vertreten hat, daß die Eisenbahn-Tarife und Personentarife zwar bereits eine unerträgliche Höhe erreicht haben, aber angesichts der notwendigen großen neuen Behaltensausbesserung der Beamten erneut gesteigert werden müssen, ist ein Kampf gegen die Tarifserhöhung im Reichstag ausschüttslos geworden. Um so mehr muß aber nun gefordert werden, daß die Eisenbahnverwaltung auf andere Weise Entgegenkommen an die Wünsche der Bevölkerung und an die Bedürfnisse des deutschen Wirtschaftslebens beweist. Es muß verlangt werden daß der Eisenbahnminister gründlich Auskunft darüber gibt, welche Ersparnismaßnahmen er bisher durchgeführt hat und welche er noch einzuführen gedenkt. Der maßlosen Verteuerung der Gütertransporte muß durch Staffeltarife auf den Bahnen und sogenannten gepöbnete Tarife auf den Wasserstraßen gesteuert werden. Das neue Eisenbahngesetz, das die Eisenbahnverwaltung aus dem Reichshaushalt herausnehmen und selbstständig machen will, muß scharf nachgeprüft und an entscheidenden Punkten geändert werden. Das Arbeitszeitgesetz für die Eisenbahnen darf nicht mehr länger auf sich warten lassen. Von den Eisenbahnverwaltungen sind die Verwaltungen der Betriebe zu trennen und gesondert zu behandeln. Auf jeden Fall muß verlangt werden, daß die Verwaltung viel durchsichtiger und leichter kontrollierbar wird, als sie bisher war.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen in Genf

stehen vor ihrem Abschluß. Ein Teil der deutschen Unterhändler und Sachverständigen ist bereits abgereist. Voraussetzlich wird dieser Tage Präsident Caubon der von vorgesehenen Vermittlungsversuch in den wenigen noch strittigen Fragen zwischen den beiden Bevollmächtigten vornehmen und dann noch in dieser Woche den Schlichtungsbericht fällen. Strittig ist vor allem die von polnischer Seite plötzlich schroff erhobene Forderung, daß der deutsche Besitz im polnisch werdenden Teil Oberschlesiens nach den allgemeinen Bestimmungen des Versailleser Vertrages liquidiert werden soll. Mit Recht hat hier der deutsche Hauptbevollmächtigte Schiffer nicht die geringste Nachgiebigkeit gezeigt, weil bei der heute in Polen herrschenden Stimmung das Schicksal des Deutschums durch solche schnelle und endgültige Liquidation des deutschen Besitzes in Polnisch-Oberschlesien verloren und die deutsch-polnischen Beziehungen für immer vergiftet wären. Von der Entscheidung in dieser Frage wird naturgemäß auch der Verlauf der allgemei-

meinen deutsch-polnischen Verhandlungen stark beeinflusst werden, die demnächst ohne Einmischung Frankreichs und der Entente geführt werden müssen, und bei denen Deutschland zweifellos der stärkere Partner sein wird. Wichtig ist hat man sich noch im letzten Augenblick über die Neuregelung der Gewerkschaftsfrage. Der Grundsatz der Verbindung der Gewerkschaften ganz Oberschlesiens mit dem Zentralverband in Deutschland wird anerkannt und aufrecht erhalten; nur die Bezirksverbände haben sich innerhalb einer bestimmten Frist entsprechend der Teilung in deutsche und polnische zu zerlegen. Selbst die schwierigen Winderhaltungsfragen sind gütlich gelöst worden. In den lokalen parlamentarischen Vertretungen einschließlich der Provinziallandtage Polnisch- und Deutsch-Oberschlesiens sind beide Sprachen als Verhandlungssprachen zugelassen. So weit bis jetzt überschaubar, hat die deutsche Vertretung in dem eng begrenzten Rahmen des Möglichen allerlei Wünsche erfüllt für Deutschland herausgeholt.

Deutscher Reichstag.

Die Drohung des Kabinettsrates, daß der freie Sonnabend und Montag eingegeben werden würden, wenn die Steuerentwürfe bis zum Freitag dieser Woche nicht erledigt seien, wird wahrscheinlich Wirklichkeit werden, es sei denn, man würde sich Wägen lassen, als es gestern der Fall war, obgleich sich die Mittelparteien eine lobenswerte Zurückhaltung auferlegten. Der Gedanke, daß nun bei all den 14 Vorlagen dasselbe Schauspiel sich abspielen soll: daß die Rechts- und Linksoption erst in der allgemeinen Aussprache und dann in der Einzelberatung mit Neben und Anträgen zum Fenster hinaus agitiert, ist wirklich wenig erfreulich, und man kann nur hoffen, daß sich ein Ausweg finden möchte, ohne daß zugleich die Pflicht zu sachlicher Erörterung beeinträchtigt würde. Gestern begann man also mit der Vermögenssteuer. Die Eubertäre war, wie angekündigt, Helfferichscher Komposition. Er begann wieder mit dem in neuerer Zeit üblich gewordenen Bekenntnis zu sachlicher Mitarbeit und der Klage über die ungerechtfertigte Ausschaltung der Deutschnationalen. Aber der Effekt war dann doch der, daß er die Vorlage als einen unangemessenen Eingriff in die Vermögenssubstantz ablehnte. Er unterließ auch nicht, einen letzten dringenden Appell an die Deutsche Volkspartei zu richten, bei der verhängnisvollen Erfüllungspolitik doch lieber nicht mitzumachen. Sehr hübsch war die indirekte Aufforderung an Dr. Beder-Heßen, das Finanzministerium zu übernehmen — die Steuern würde Helfferich allerdings auch ihm nicht bewilligen! Die Wünsche der Deutschnationalen gehen wie im Ausschuss in Richtung auf eine Regelung der Steuerfrage gemäß der Veränderung der Kaufkraft des Geldes; aber auch sonst hatte Helfferich manche Wünsche auf dem Herzen. Im Gegensatz zu seiner Widerlegung zitierte der Unabhängige Soldmann den deutschnationalen Berliner Verbandsdirektor Sebniger, nach dem die Höhe der Vermögenssteuer durchaus erträglich sind. Der Kommunist Hillen mollerte sich über die Herz- und Feinernweidenden Lüne. Die Helfferich der Zwangsanleihe gewidmet hatte. Der kommunistische Redner lockte dann auch den Sozialisten Kahmann auf den Plan, der für die Sozialdemokratie das Verdienst in Anspruch nahm, auf eine billige Oppositionstellung wie die der Kommunisten im Interesse der arbeitenden Massen verzichtet zu haben. Darauf wurde Paragraph 1 in der Ausschussfassung unverändert angenommen. Das Gesetz tritt demnach am 1. Januar 1923 in Kraft. Der Weg durch die Einzelparagrafen gestaltete sich dann, wie erwartet, recht umständlich. Dr. Helfferich wollte das ausländische Grund- und Betriebsvermögen Deutscher steuerfrei gelassen sehen, was der Reichsfinanzminister Dr. Hermes ablehnte, der im übrigen auch Anlaß nahm, dem deutschnationalen Sprecher wegen einzelner Ausfälle gegen Dr. Witz einen Bekenntnis zu erteilen. Es blieb denn auch bei der vorliegenden Fassung des Entwurfes. Ebenso wurde ein sozialdemokratischer Antrag auf Freilassung der Sparkassen abgelehnt. Um 8 Uhr hatte es ganz den Anschein gewonnen, als ob die erste der Daueritzungen im Gange sei.

Kleine politische Meldungen.

Arbeitsplan des Reichstags. Die Steuerentwürfe sollen, wie der Kabinettsrat des Reichstages beschlossen hat, jedenfalls noch in dieser Woche, wenn es nicht anders geht, mit Zustimmung von Daueritzungen erledigt werden. Erst nachdem sie unter Dach und Fach gebracht sind, wird der Reichstag in die Ferien gehen. Das Schicksal des Reichsernährungsministeriums. Die parlamentarische Kreise mitteln, dürfte sich die Entscheidung über das Schicksal des Reichsernährungsministeriums noch